

Einbringung Haushalt 2026

GVE 12.11.2025

Bürgermeisterin Julia Krügers



SCHMITTEN

IM TAUNUS



Übersicht Haushalt 2026

12.11.2025

Der Standort & Ausgangslage

- Schmittent profitiert bisher durch seine Bevölkerungsstruktur von einem weit **überdurchschnittlichen Einkommenssteueranteil**.
- Vergleichsweise geringes **Gewerbesteueraufkommen**, dieses entwickelt sich jedoch in seit 2022 stetig positiv, in 2024 **plus ca. 500.000 Euro**.
- Für 2025 zeichnet sich ein neuer Höchstwert von **ca. 4.0 Mio.** an Gewerbesteuereinnahmen ab.
- Durch **Mehreinnahmen bei der Steuer** sowie starken Erträge in der **Waldbewirtschaftung** inklusive **Förderung** konnten 2021 bis 2024 ausreichende ordentliche sowie außerordentliche **Rücklagen** angehäuft werden.
- Obwohl mit Fehlbeträge im Ansatz geplant, konnte der Haushalt in den vergangenen Jahren zum Jahresende immer **ausgeglichen** werden.
- Vorläufiges Jahresergebnis 2024: **Überschuss in Höhe von ca. 614.000 Euro** im ordentlichen Ergebnis.

Grundsteuer B in Schmittent seit 2020 stabil mit einem Hebesatz von 660 Punkten mit aufkommensneutraler Anpassung auf 696 Punkte ab 2025 (Grundsteuerreform).

Herausforderungen | Schmittent im Taunus

- Als **Flächenkommune** im ländlichen Raum mit 9.691 Einwohnern verteilt auf neun Ortsteile und einer Fläche von 36 km² ist der notwendige Aufwand für die Schaffung und den Unterhalt der Infrastruktur verhältnismäßig (lange Distanzen und dezentrale Strukturen), insbesondere in Hinblick auf die **Wasserversorgung, Abwasser, Straßenbau und Brandschutz**.
- Als **Pendlergemeinde** kommt insbesondere auch einem **ausreichenden Kinderbetreuungsangebot als gesetzliche Pflichtaufgabe** (KIGA & Pakt für den Nachmittag) im Bereich der Daseinsvorsorge eine hohe Bedeutung zu.
- Auch wenn es Fortschritte im Bereich Straßen, Abwasser, Wasser, Gerätehäuser und DGHs gibt: Nach wie vor **hoher Sanierungsstau** bei der Infrastruktur und den zahlreichen gemeindlichen Liegenschaften.
- Die Gemeinde Schmittent ist dabei ganz wesentlich, wie auch andere Städte und Kommunen, **auf die Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich des Landes angewiesen**, um ihre ganz überwiegend durch Gesetze von Bund und Land vorgeschriebenen Pflichtaufgaben und alle Standards erfüllen zu können.

Es braucht grundsätzlich eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen von Seiten Bund und Land, Abbau von Bürokratie und teure Standards bei den Pflichtaufgaben müssen auf den Prüfstand.

Ganz aktuell: Landeszuschüsse für Investitionen in Schmitt im Taunus

Hessen kündigt „Konjunkturbooster“ an

Milliardeninvestitionen in Sicherheit, Verkehr, Wohnen, Sport und Digitales

Wiesbaden – Mit einem „Hessenplan“ will die schwarz-rote Koalition das Land zukunftsfest aufstellen. Mit Investitionen in Höhe von insgesamt rund zehn Milliarden Euro wolle sie das Land „in diesen unruhigen Zeiten noch schneller, moderner und souveräner machen“, kündigte Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) am Dienstag in einer Regierungserklärung an. Die „größte Investitionsoffensive in der Geschichte Hessens“ lege den Schwerpunkt auf innere Sicherheit. Dazu zählten die Modernisierung von Polizei- und Justizgebäuden, neue Polizeihubschrauber und eine leistungsfähige Drohnenabwehr. Darüber hinaus stecke das Land seinen Anteil aus dem Sondervermögen in Infrastruktur, Mobilität, Wohnen – die Sanierung von Straßen und Brücken, Aufwertung von Innenstädten, zusätzlichen Wohnraum und moderne Sportstätten. Wichtig sei zudem die Digitalisierung. „Damit wir auch in Zukunft Taktgeber bleiben, investieren wir in den nächsten Jahren massiv in Quantencomputing und künstliche Intelligenz, in neue Rechenkapazitäten und noch leistungsfähigere Netze“, sagte Rhein, der zuvor mit seinem Stellvertreter Kaweh Mansoori (SPD) vor der Presse das Vorhaben erläutert hatte.

Das Programm sei „langfristig“, das Paket „historisch“, sagte Mansoori. Ein Schwerpunkt



Regierungserklärung abgegeben: Boris Rhein (CDU), Ministerpräsident von Hessen, im Plenarsaal des Hessischen Landtags.

liege auf Bildung, etwa der Modernisierung von Kindertagesstätten und Schulen, auf Wissenschaft und Forschung. Auch in den Verkehr als „Lebensader der Wirtschaft“ werde investiert. Der SPD-Politiker stellte zeitnah eine Reform des hessischen Tarif- und Vergabegesetzes in Aussicht. Mit Vereinfachungen, damit die Investitionen schnell beginnen könnten. Nach der Lesart der Koalition stärkt das die Wirtschaft, kurbelt private Investitionen an

und erfüllt damit das vom Bund vorgegebene Kriterium, dass das Sondervermögen zusätzlichen Investitionen vorbehalten sein soll. Mansoori: „Wenn mehr investiert wird als vorher, sind das zusätzliche Investitionen.“ Auch gelte es, das Vorhaben nicht durch Bürokratie und Überprüfungen zu verzögern, ergänzte Rhein. „Wir wollen, dass das Geld schnell und unbürokratisch auf die Straße kommt.“

Das sehen die Grünen anders.

„Es drängt sich der Verdacht auf, dass mit dem vielen Geld nur das finanziert werden soll, was ohnehin geplant war“, mutmaßte Fraktionsvorsitzender Mathias Wagner. „Nur zusätzliche Investitionen lösen auch zusätzliches Wachstum und damit eine Belebung unserer Wirtschaft aus.“ Aus „ideologischer Verbohrtheit“ ignoriere Schwarz-Rot den vom Bund gesetzten Schwerpunkt zum Schutz der Menschen vor den Folgen des Klimawandels.

JUTTA RIPPEGATHER

„Dabei trägt das Sondervermögen des Bundes den Titel „Infrastruktur und Klimaneutralität.“

Für die Investitionsoffensive stehen nach den Worten von Rhein in den kommenden zwölf Jahren insgesamt rund zehn Milliarden Euro zur Verfügung. 7,4 Milliarden Euro stammen aus dem Sondervermögen. Davon gebe das Land deutlich mehr als die Hälfte direkt an die Kommunen. „Das Paket ist ein enormer Konjunkturbooster.“ Mit einem „klaren gesundheitspolitischen Schwerpunkt“ bekenne sich das Land außerdem zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung in ganz Hessen.

Hessens Krankenhausgesellschaft begrüßte die angekündigten 950 Millionen Euro ausdrücklich und wies zugleich auf die unvollständige Finanzierung und die ungleiche Mittelverteilung hin. Trotz der Landesmittel bleibe ein Eigenanteil von mehr als 500 Millionen Euro bestehen. „Fragwürdig“ sei die Entscheidung, dass die Universitätsklinik Frankfurt als einzige Klinik aus dem Nachtragshaushalt zusätzlich 200 Millionen Euro erhalte. „Diese Summe entspricht rund 50 Prozent des regulären jährlichen Investitionssatzes, der für alle 127 Krankenhäuser im Land zur Verfügung steht“, sagte Präsident Christian Höftberger.

Voraussichtlich 4,477 Mio. Euro.
D.h. 373.134 Euro jährlich über 12 Jahre (auf Basis von 9.575 Einwohnern).

sowie

Außerordentliche Zuweisung aus dem Nachtragshaushalt des Landes Hessen in Höhe von 248.000,00 Euro.

Rahmenbedingungen für die Aufstellung eines genehmigungsfähigen Haushalts 2026 (1)

- Die Kalkulation der Steuereinnahmen auf Basis des Finanzplanungserlass basiert auf der September-Schätzung des HMdI. Bei dem Gemeindeanteil an der **Einkommensteuer** wird in 2025 und den Folgejahre ein **Rückgang** erwartet.
- **Gewerbsteuer** mit einem Ansatz von **4,02 Mio. Euro** geplant.
- Die stetig gute Entwicklung bei der Gewerbsteuer bedeutet die **Gewerbsteuerumlage steigt um ca. 51.500 Euro** und es gibt **188.000 Euro weniger an Schlüsselzuweisungen** durch die vorläufige Berechnung des Musters des Kommunalen Finanzausgleich (KFA). *Hier lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushalts keine finalen Zahlen vor.*
- Die Steuerkraftmesszahl für die Umlageberechnung hat sich durch die starken Gewerbesteuerereinnahmen erhöht. Die **Kreis- und Schulumlage** wurde erneut um 1 Punkt erhöht. **Mehraufwand ca. 650.000,00 Euro.**
- Hessenkasse Raten werden in 2026 und auch mittelfristig bedient (keine Stundung).
- Keine Pauschalkürzung von 2% gemäß Option durch Finanzplanungserlass – dafür teils drastische Kürzungen in den einzelnen Kostenstellen.
- **Außerordentliche Zuweisung** aus dem Nachtragshaushalt des Landes Hessen in Höhe von **248.000,00 Euro** berücksichtigt.
- Zu erwartende Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes für Infrastrukturvermögen sind in Höhe und Umfang noch nicht rechtssicher und demnach im Haushaltsplan noch nicht berücksichtigt.

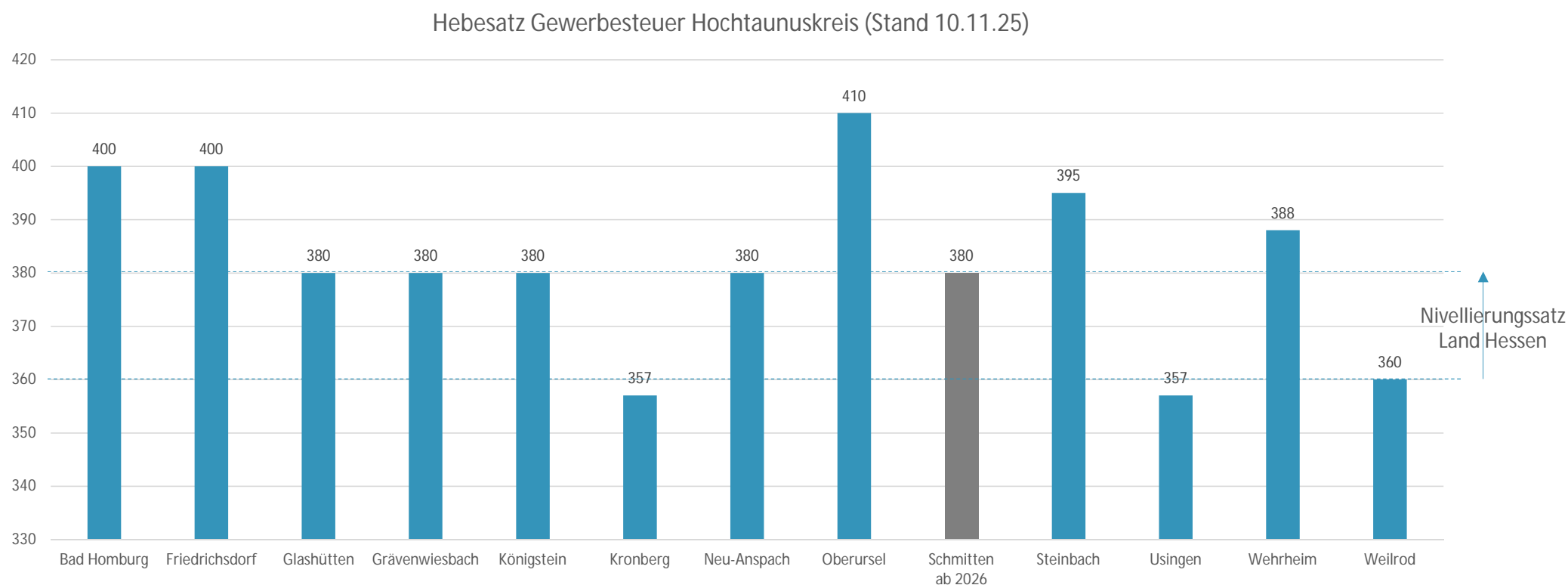
Gewerbesteuer | Was ist der Nivellierungssatz?

- Der "Nivellierungssatz" für die Gewerbesteuer in Hessen ist ein Richtwert der Landesregierung, der als Basis für die Berechnung der zu zahlenden Gewerbesteuerumlage an das Land dient.
- Kommunen, die darunter liegen müssen dennoch den Nivellierungssatz als Bemessungsgrundlage für die Umlage zahlen.
- Anpassung durch das Land Hessen von bislang 357 Punkte auf neu 381 Punkte ab 2026.

Der Gewerbesteuerhebesatz wurde im Haushaltsplan ab 2026 auf 380% angepasst. Dies entspricht dem neuen Nivellierungssteuersatz Hessen.

Vergleich der Gewerbesteuer

Stand 2025 | Schmitt: Anpassung an neuen Nivellierungssteuersatz des Landes 2026



Rahmenbedingungen für die Aufstellung eines genehmigungsfähigen Haushalts 2026 (2)

- **Personalaufwendungen:** Abgeschlossene Tarifverhandlungen 2025/26 und im weiteren **3% Steigerung** berücksichtigt.
- **Stellenplan: Im Wesentlichen unverändert.** Langfristige Aushilfen werden jetzt kostenneutral in einer 1,0 Stelle gezeigt.
- Pflichtaufgabe **Kinderbetreuung:** Zuschussbedarf Kindergärten in 2026 auf erhöhtem Niveau **mit 3,31 Mio. Euro Zuschussbedarf + ca. 214.000 Euro** aufgrund der erneuten Ausnutzung der Kapazitäten (Burgweg), Sanierungsmaßnahmen und Kostensteigerungen bei den regulären Betriebskosten.
- **„Pakt für den Ganztag“** ab 2026 an beiden Grundschulen: Mehraufwand von **ca. 300.000,00 €**.
- Hohes Investitionsvolumen wirkt sich mit **höheren Abschreibungen** und **Zinsaufwendungen** aus.
- Berücksichtigung aller GVE-Beschlüsse bis auf Reduzierung um ein Projekt bei den Dorfentwicklungsmaßnahmen.
- Straßeninvestitionsprogramm ab 2027 und Erstausbau Quellbachweg berücksichtigt. (Vorbehaltlich GVE Beschlüsse)
- Ansonsten Ansätze für notwendige Maßnahmen und Betriebskosten.

I. Ergebnishaushalt 2026

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf

31.023.419 EUR

mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf

32.070.363 EUR

mit einem Saldo/Fehlbedarf von

- 1.046.945EUR

Dieser Fehlbedarf kann durch die ordentliche Rücklage ausgeglichen werden.



II. Finanzhaushalt 2026

Saldo aus den Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

-364.995 EUR (Fehlbetrag)

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf
mit einem Saldo von

610.580 EUR
-4.377.200 EUR
-3.766.620 EUR

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf
mit einem Saldo von

3.793.910 EUR (Kreditaufnahme)
-1.293.219 EUR (Tilgungen)
2.500.691 EUR

mit einem Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres von

-1.630.924 EUR (Defizit) *

* (Defizit aus Saldo Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit)

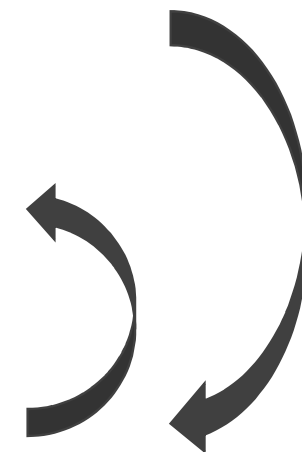
Dieses Defizit in 2026 kann durch Nachweis der frei vorhandenen Liquidität ausgeglichen werden.



III. Mittelfristige Finanzplanung

Die Ausgleichslücke mittelfristig kann zunächst nur durch eine Erhöhung der Grundsteuer B ab 2027 genehmigungsfähig aufgestellt werden.

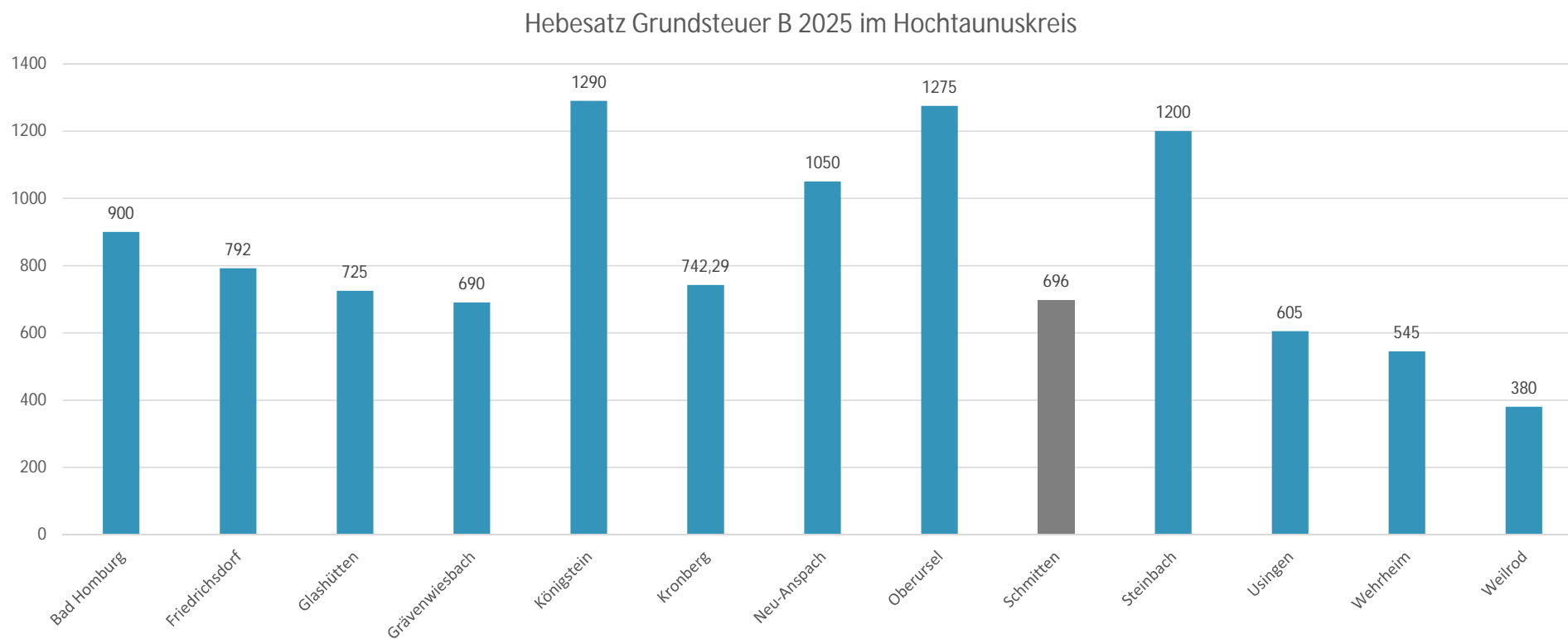
Ausgleichslücke (2027 – 2029)	- 2.047.399,00 Euro
Vorl. bereinigter Liquiditätsstand 31.12.2025	5.430.000,00 Euro
Gebundene Liquidität	- 3.558.016,68 Euro
Freie Liquidität	<hr/> 2.109.163,32 Euro



Eingebrachter Haushaltsentwurf: Vorläufig +150 Punkte ab 2027 von 696 auf 846 Punkte. ✓

Die Grundsteuerhebesätze im Vergleich

Stand 2025 | Grundsteuer B Hebesatz in Schmitten in 2026 unverändert



2026: unverändert.
Ab 2027: 846 Punkte

Sach- und Dienstleistungen 2026

- Sach- und Dienstleistungen sind generell auf einem Unterhaltungsniveau geplant.
- Das Gesamtbudget von 7,1 Mio. Euro durch Preissteigerungen und Sanierungsstau stärker belastet.
- Die wesentlichen Veränderungen sind:
 - + 600.000 € Fortführung Kanalsanierung nach EKVO-Befahrung
 - + 270.000 € Dorfentwicklung: Umsetzung der IKEK Maßnahmen 2026
 - + 170.000 € Brandschutzmaßnahmen FFW Oberreifenberg
 - + 140.000 € Erneute Veranschlagung Wasserhausanschlüsse OD Hunoldstal
 - + 121.500 € Herstellung Wasserhausanschlüsse Emser Straße
 - + 63.000 € Erstellung Kommunale Wärmeplanung (Wird refinanziert über Förderung)
 - + 44.000 € Wasserversorgung: Erhöhter Wasserbezugspreis WBV Usingen
 - + 40.000 € Bürgerhaus „Haus Wilina“; Erneuerung Heizungssystem und Lüftungsanlage
 - + 20.000 € Jahrtausendhalle; Fortführung Fenstererneuerung und Fassade außen streichen
 - + 17.000 € Umbaumaßnahmen für Sozialraum und Toiletten Kita Brombach

Nach Abschluss der Kanalsanierungen nach EKVO-Befahrung, ab 2028 wieder leichte Entspannung.



Freiwilligen Leistungen 2026

Von den Gesamtaufwendungen von 31,3 Mio. Euro sind als freiwillig einzustufen:

• Freibad Schmittent / Bistro	396.210 Euro
• Dorfgemeinschaftshäuser	318.660 Euro
• Dorfentwicklung / IKEK	251.500 Euro*
• Sport-, Bolz - & Spielplätze	166.565 Euro
• Tourismus & Kultur	121.890 Euro
• Jugendarbeit allgemein	60.852 Euro
• Sportförderung	5.000 Euro

„Freiwillige Leistungen sind Aufgaben, die sich die Kommune selbst stellt. Sie kann über das Ob und das Wie der Aufgabenerfüllung frei entscheiden.“

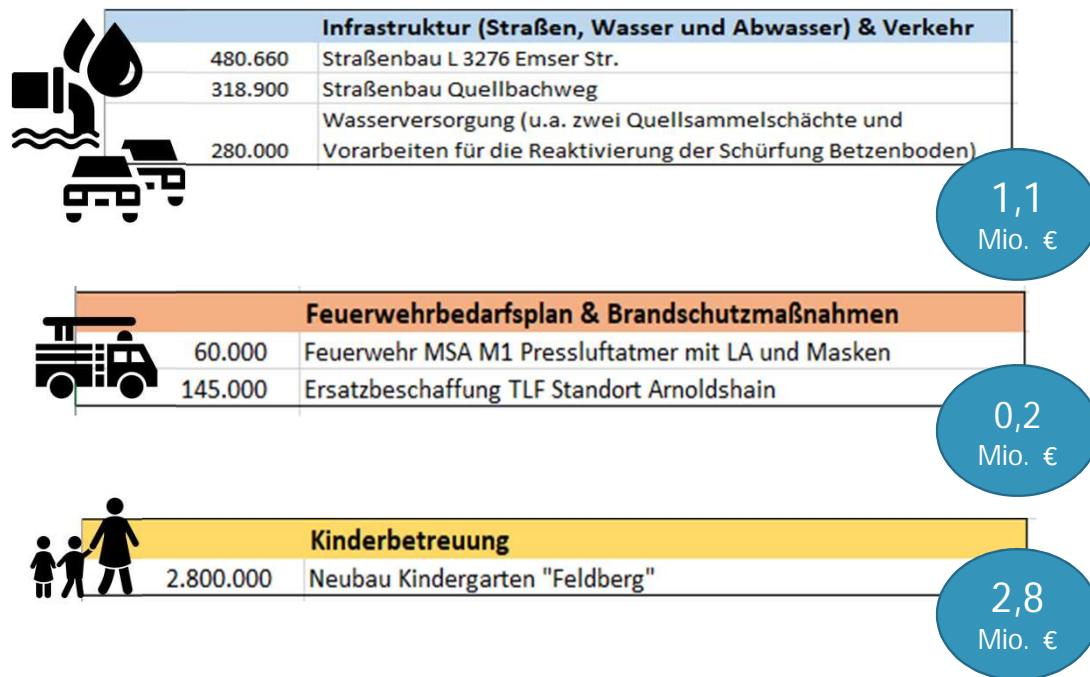


4,22 %
Anteil der freiwilligen Leistungen

Summe der freiwilligen Leistungen **1.320.677 Euro**

*geschätzte Bruttokosten (ohne Investive Maßnahmen)

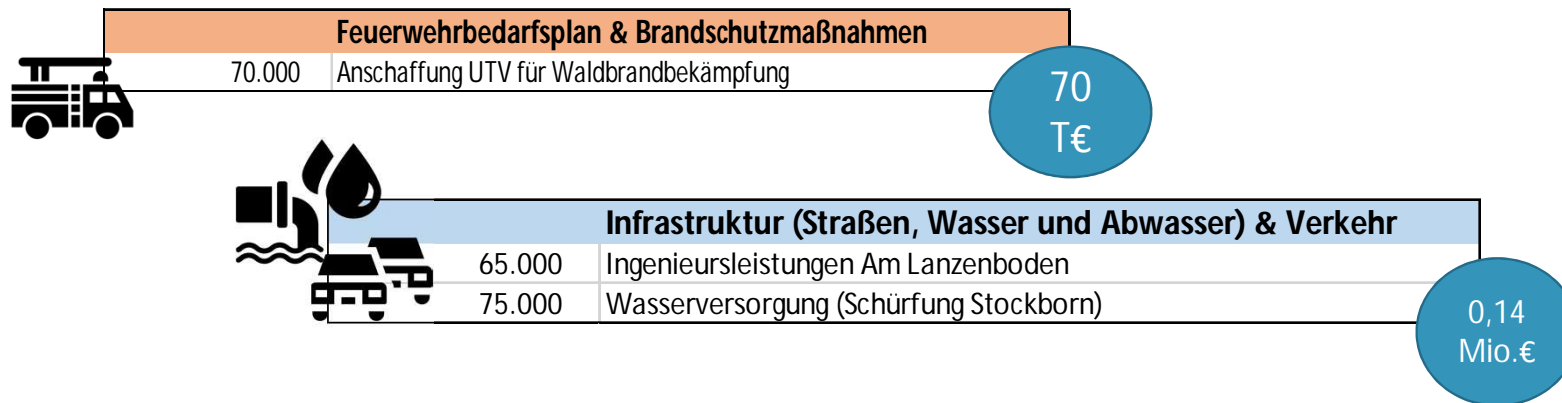
Investitionen 2026 auf einen Blick



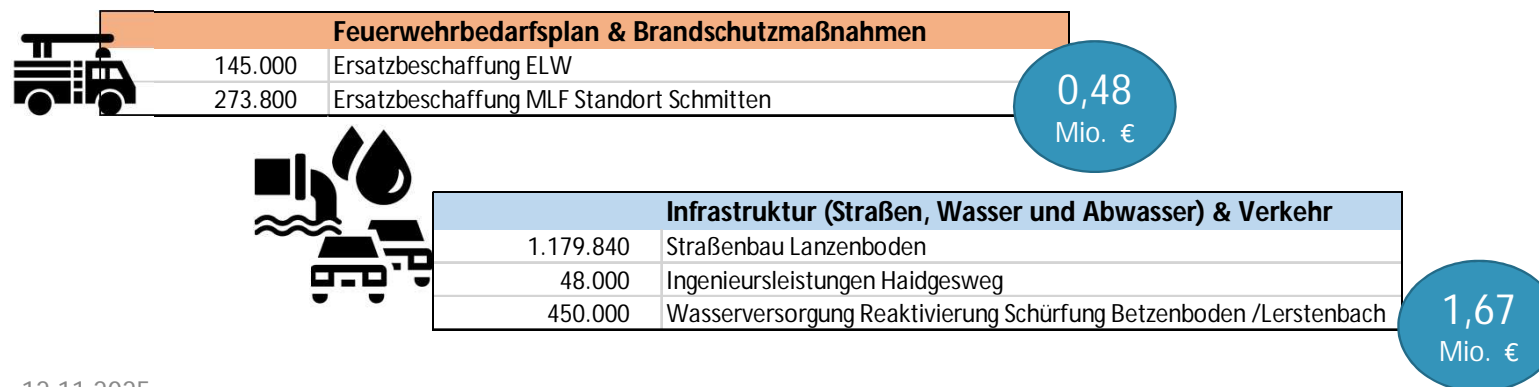
Investitionen schaffen bleibende Werte im Vermögenshaushalt und sichern die Qualität des Standorts Schmitten und damit die Attraktivität für die Bürgerinnen und Bürger.

Investitionen in der Mittelfristplanung

2027:

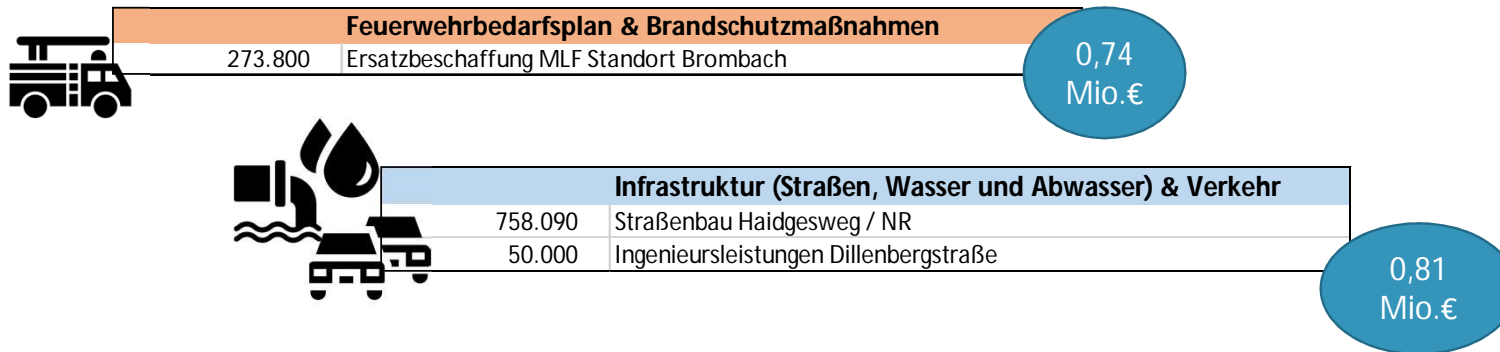


2028:



Investitionen in der Mittelfristplanung

2029:



Gebühren konstant | bis auf Wasser

- Kurzfristig Steigerung der Fremdwasserbezugsmengen aufgrund „Wegfall“ Brunnen Dillenberg im Jahr 2026 aufgrund der laufenden Sanierung.
- Preissteigerung für Fremdwasserbezug
- Ausgleich Defizit in Höhe von 450.000 Euro aus den Jahren 2022 und 2023. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben des HKAG ist dieser Ausgleich nur noch in den Jahren 2027 und 2028 möglich.
- Ab 2029 ggf. wieder Entspannung.

	Veränderung	Gebühr 2026
Wassergeld (inkl. 7 % MwSt.)	+ 0,73 €/m ³	5,61 €/m ³
Wassergrundgebühr*	unverändert	unverändert
Schmutzwasser	unverändert	unverändert
Niederschlagswasser	unverändert	unverändert
Abfallentsorgung	unverändert	unverändert

„(...) Gebühren sind (...) so zu bemessen, dass die Kosten der Einrichtung gedeckt sind (**kostendeckende Gebühren**), § 10 Abs.1 HKAG

Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten gehören neben den Personal- und Sachkosten für den laufenden Betrieb auch Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, sowie die angemessene Verzinsung des Anlagekapitals und angemessene Abschreibungen, § 10 Abs. 2 HKAG.“

*Die Grundgebühr bezieht sich auf den Dauerdurchfluss der vorhandenen Zähler und deckt die Fixkosten für die Unterhaltung des gemeindlichen Wasserversorgungsnetzes.

Familie Mustermann in Schmitten

	2026	2025	Differenz
Hundesteuer	66,00 €	66,00 €	<i>unverändert</i>
Kita-Gebühren	2.894,28 €	2.820,36 €	+ 73,92 €
Grundsteuer B	688,76 €	688,76 €	<i>unverändert</i>
Abfallgebühren	191,79 €	191,79 €	<i>unverändert</i>
Niederschlagswasser	50,15 €	50,15 €	<i>unverändert</i>
Wassergebühren	993,96 €	877,16 €	+ 116,80 €
Schmutzwasser	686,40 €	686,40 €	<i>unverändert</i>
Gesamtbelastung	5.571,34 €	5.380,62 €	+ 190,72 €

Familie Mustermann ist in 2026 mit ~ 15,89 € im Monat mehr belastet.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



SCHMITTEN

IM TAUNUS